



ABFSchweiz

Aktionsbündnis freie Schweiz

Ambitionierte ökonomische Modelle helfen keinem in Konkurs gegangenen KMU

Der Bundesrat hat den Bericht «Wirtschaftliche Folgen der Corona-Krise» vorgelegt

Der Bundesrat hat am 26. Juni 2024 den Bericht «Wirtschaftliche Folgen der Corona-Krise» verabschiedet. Der Bericht «Wirtschaftliche Folgen der Corona-Krise» richtet den Fokus auf die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen und erläutert wichtige Erkenntnisse für die Wirtschaftspolitik im Hinblick auf zukünftige Krisen. «Selbst wenn die Schweiz auf eigene Covid-19-Eindämmungsmassnahmen verzichtet hätte, wäre es im Inland wahrscheinlich zu einem wirtschaftlichen Einbruch gekommen.» So lautet das Ergebnis der beauftragten Forscher. Da muss ABF Schweiz leider etwas geraderücken.

Zitat aus der Medienmitteilung des Bundesrats: «Die Corona-Pandemie stürzte die Weltwirtschaft in die schärfste Krise seit dem Zweiten Weltkrieg. Auch die Schweizer Wirtschaft war stark betroffen. Wie in anderen Ländern wurden in der Schweiz im Frühjahr 2020 weitgehende Massnahmen zur Eindämmung des Corona-Virus verfügt. Diese schränkten die Wirtschaftstätigkeit stark ein. Die Studie «Wirtschaftliche Auswirkungen der angeordneten Massnahmen in der Corona-Krise» im Auftrag des SECO (<https://www.news.admin.ch/news/message/attachments/88502.pdf>) zeigt, dass die volkswirtschaftlichen Kosten der Corona-Krise hoch waren, dies aber auch aufgrund der Entwicklung im Ausland und der Verhaltensanpassungen der Bevölkerung. Das heisst, selbst wenn die Schweiz auf eigene Covid-19-Eindämmungsmassnahmen verzichtet hätte, wäre es im Inland wahrscheinlich zu einem wirtschaftlichen Einbruch gekommen.» <https://www.seco.admin.ch/seco/de/home/seco/nsb-news.msg-id-101611.html>

Eine kritische Betrachtung der Studie

Wir besitzen umfangreichen ökonomischen Sachverstand und haben die diesen Aussagen zugrunde liegende Studie «Wirtschaftliche Auswirkungen der angeordneten Massnahmen in der Corona-Krise» der BSS Volkswirtschaftliche

Beratung AG in Basel, nachvollziehen können und einer kritischen Betrachtung unterzogen. Damit wir alle etwas davon haben, nennen wir nachfolgend unsere wesentlichen Kritikpunkte solcher Modelle, die aus unserer Sicht zu der Erkenntnis führen, dass das Ergebnis und die Schlussfolgerungen, die in der Studie gezogen werden, nicht als Entschuldigung für diejenigen Schweizer erhalten können, die aufgrund der wirtschaftlichen Konsequenzen der verordneten «Eindämmungsmassnahmen» (Frage: Gab es diesen Begriff vor 2020 eigentlich schon?) ihren Betrieb schliessen mussten oder mit Strafanzeigen, Bussen oder Gerichtsverfahren überzogen wurden (im Übrigen bis heute), weil sie sich nicht freiwillig um ihre Existenz bringen lassen wollten.

Ökonomische Modelle können die Realität meist nicht erklären

Das Ziel von Wissenschaft ist es, die Realität zu erklären. Dazu werden Theorien formuliert in Form von Aussagen über die Realität. Sie müssen so formuliert werden, dass sie empirisch überprüfbar sind. Strukturelle Modelle werden in der Volkswirtschaftslehre «ökonomische Modelle» genannt. Mit solchen ökonomischen Modellen wird versucht, ökonomische Phänomene und die zwischen diesen



bestehenden Relationen in Form von komplizierten mathematischen Gleichungen abzubilden. Die Ergebnisse aller solcher Modelle, entweder über tatsächliche Vergangenheitsentwicklungen oder zukünftige Ereignisse, haben nachweislich niemals die Realität beschrieben und erklärt. Warum werden heute verstärkt solche mathematischen Verfahren angewendet? Es gibt zweifellos eine Vielzahl anderer Ansätze. Seitdem es die schier unbegrenzten Rechenkapazitäten von Computern gibt, wurde dieser Weg von der volkswirtschaftlichen Theorie verstärkt genutzt.

Inzwischen widerlegte Annahmen des Modells

Im Fall der o.g. Studie, im Folgenden «BSS-Modell» genannt, ist das Phänomen eines gesamtwirtschaftlichen Einbruchs der Schweizer Wirtschaft in den Coronajahren. Entscheidend für die Aussagekraft eines Modells sind die ihm zugrundeliegenden Annahmen. Im BSS-Modell sind die beiden entscheidenden Annahmen:

1. Es gab eine Corona-Pandemie und
2. Die sogenannten Eindämmungsmassnahmen wurden in der Schweiz ergriffen, um die Pandemie wirksam zu bekämpfen.

Mitte des Jahres 2024 wissen wir aber, dass beide Annahmen falsch sind. Das haben nicht nur die Protokolle des deutschen Robert-Koch-Instituts (RKI) hinreichend belegt, sondern auch zahlreiche internationale Studien und die Anhörungen vor dem US-Kongress. Die Protokolle der Task Force Covid-19 des Schweizer Bundesamts für Gesundheit (BAG) belegen ebenfalls, was bereits im Frühjahr des Jahres 2020 bekannt war, aber nicht öffentlich kommuniziert wurde. Hätte man sich in Bundesbern seriös mit der Aufarbeitung der sogenannten «Corona-Krise» befasst, dann wäre für alle offensichtlich, dass die Studie von falschen Annahmen ausgegangen ist.

Aber selbst, wenn die Annahmen richtig wären, lassen sich weitere Kritikpunkte anbringen:

- Die Studie generiert Aussagen, die sich auf alle (!!)

beziehen und die mittels eines statistischen Durchschnitts beschrieben werden. Das ist aber für Leidtragende der Corona-Massnahmen mehr als unbefriedigend. Ein einfaches Beispiel aus dem wahren Leben: Stellt ein Mensch einen seiner Füsse in eine Schüssel mit 55 Grad heissem Wasser und den anderen Fuss in eine Schüssel mit 5 Grad kaltem Wasser, steht der Mensch im Durchschnitt in 30 Grad angenehm temperiertem Wasser. Ausser Acht gelassen wird dabei aber, dass der sich der Fuss in der Schüssel mit 55 Grad heissem Wasser Verbrennungen zugezogen hat und dem anderen Fuss eine Erkältung droht.

- Ähnlich lässt sich im Hinblick auf die Branche der Unternehmen argumentieren. Die Pharmabranche in der Schweiz kann sich zweifellos zu den Gewinnern der «Corona-Pandemie» zählen, während z.B. die Tourismus- und Messebranche schwere Zeiten zu Durchleben hatten. Und jetzt zu sagen, im Schnitt sind wir verhältnismässig gut durch die Pandemie gekommen, ist sowohl für den Messebauer, den es im Jahr 2024 nicht mehr gibt, also auch für das Reisebüro um die Ecke, das verschwunden ist, definitiv kein Trost und schon gar keine Entschuldigung.

Ein halbherziger Erklärungsversuch

- Die Aussage der Forscher, dass es auch in Abwesenheit von gesundheitspolitischen Massnahmen in der Schweiz zu einem bedeutenden Wirtschaftseinbruch gekommen wäre, weil es weltweit zu einem Rückgang der Wertschöpfung kam (siehe Zusammenfassung der Studie), ist eine Wahrscheinlichkeitsaussage, die plausibel sein könnte, aber halbherzig ist. Denn hier sollte die Frage erlaubt sein, warum fast alle Regierungen auf der Welt solche irrationalen Massnahmen umgesetzt haben, die man alleine schon mit gesundem Menschenverstand hat ad absurdum führen können. Wäre einige wichtige Industriestaaten ausgeschert, und die Schweiz zählt sich ja gerne zu den wichtigen, dann wären mit hoher Wahrscheinlichkeit andere Länder gefolgt und es hätte auf der



Welt nicht dieses grosse Leid, vor allem unter der Ärmsten der Armen, gegeben. Insofern wäre die Antwort auf die Frage, warum sich die Schweizer Regierung offenbar zum Mitmachen verpflichtet fühlte, für uns alle erhellender.

- Die Ergebnisse in der Studie weisen zum Teil sehr grosse Spannbreiten auf (Seite 50): «Unsere eigenen Schätzungen anhand verschiedener Daten und Methoden lassen vermuten, dass die angeordneten Massnahmen das BIP bis zum 3. Quartal 2020 um rund 1.9 bis 8.6 Mrd. Franken reduzierten, was 8% bis 35% der pandemiebedingten BIP-Verluste entspricht. Für den bisherigen Pandemiezeitraum, bis zum 2. Quartal 2022, unterliegen die Schätzungen einer grösseren Unsicherheit: Die potenziellen Wertschöpfungsverluste infolge der Massnahmen liegen in einem Bereich von 7 bis 29 Mrd. Franken bzw. 14% bis 59% der pandemiebedingten BIP-Verluste. Die verbleibenden Wertschöpfungseinbussen hängen mit der Konjunktur im Ausland, freiwilligen Verhaltensanpassungen der Unternehmen und Haushalte, Krankheitsausfällen und anderen Faktoren zusammen.»

Es ist üblich, bei Schätzmodellen Bandbreiten anzugeben. Aber je breiter sie sind, desto weniger aussagekräftig und hilfreich sind sie. Um im obigen Beispiel zu bleiben: Für ein kleines und mittleres Unternehmen (KMU) macht es einen sehr grossen Unterschied, ob seine Umsätze oder seine Gewinne im Jahr 2022 um 14% oder um 59% aufgrund der Corona-Massnahmen des Bundes weggebrochen sind.

Die Quantifizierung des volkswirtschaftlichen Schadens der Corona-Massnahmen ist ein schwieriges Unterfangen

Summa summarum: Es ist ein kühnes Vorhaben, mit ökonomischen Modellen die Folgen der Corona-Massnahmen für die Schweizer Wirtschaft quantifizieren zu wollen. Zumal die

Annahmen auf sehr wackligen Beinen stehen. Und noch eine letzte Anmerkung für Nicht-Ökonomen: Man kann mit Hilfe ökonomischer Modelle ebenso wie mit statistischen Studien alles und nichts beweisen, je nachdem, wie man es gerade braucht. Das beste Beispiel sind die Klimamodelle des IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change), denen so viele Variable zugrunde liegen, dass man am Ende keine haltbare Aussage mehr treffen kann, welche Variable zu welchem Ergebnis führt. Deshalb sagen die BSS-Autoren im Fazit ihrer Studie auch: «Die vorliegende Studie verfolgt das Ziel, die Auswirkungen der angeordneten, gesundheitspolitischen Massnahmen während der Covid-19-Pandemie auf die Wirtschaft der Schweiz abzuschätzen. Im Zentrum steht die Frage, wie sich das BIP der Schweiz entwickelt hätte, wenn keine Eindämmungsmassnahmen, wie Betriebsschliessungen, Veranstaltungsverbote und Mobilitätsbeschränkungen ergriffen worden wären. Dies stellt ein kontrafaktisches Szenario dar, das sich nicht beobachten lässt. Die Forschungsfrage und die Schätzung eines solchen kontrafaktischen Szenarios der Wirtschaftsentwicklung sind mit zahlreichen konzeptionellen und methodischen Schwierigkeiten verbunden.»

Den betroffenen KMUs ist mit dem Studienergebnis nicht geholfen, Aufarbeitung wäre angesagt

Ein netter Versuch also. Immerhin kommt für den Bundesrat ein kommunizierbares Ergebnis heraus und das BSS kann sich über den Studienauftrag und den erzielten Umsatz freuen. Den Schweizer KMUs hilft es nichts, vor allem, wenn sie nicht überlebten. Sie erwarten vom Bundesrat im Grunde nicht mehr als eine gute Wirtschaftspolitik, von der alle Branchen und alle Unternehmensgrössen profitieren.

Baar, 21. Juli 2024, das Redaktionsteam ABF Schweiz